

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersakasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befendinberhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Kameraden! Wirft auf die Unorganisierten ein, damit sie Mitglieder unseres Zentralverbandes werden!

Spiel mit Worten.

Wenn Staatsmänner und Presseorgane der Westmächte fortgesetzt finden, die von der deutschen Reichsregierung abgegebenen Friedensbedingungen seien nicht klar genug, als daß sie zur Anbahnung von Verhandlungen dienen könnten, so muß ihnen entgegengehalten werden, daß ihrerseits sicherlich keine größere Deutlichkeit und Klarheit besteht, wenn sie sich über ihre Kriegsziele äußern; es sei denn, daß die stets wiederholte Versicherung, nur einen Frieden schließen zu wollen, durch welchen „der deutsche Militarismus vernichtet“ wird, als positives und klares Ziel anerkannt werden soll. Auch in seiner jüngsten Rede hat Asquith weit mehr Unklarheiten und Zweideutigkeiten über das, was die Westmächte als Friedensbedingungen aufstellen, zum Ausdruck gebracht, als Bethmann und Michaelis zusammen. Wieviel wir auch am Verhalten und Gebaren der deutschen Regierung auszusprechen haben, die Gerechtigkeit zwingt uns zu der Anerkennung, daß sie früher und deutlicher als irgendeine andere kriegsführende Macht ihre Friedensbereitschaft kundgegeben und ihre Bedingungen umrissen hat.

Auch die deutsche Antwortnote an den Papst wird von den französischen und englischen Mäthern, die ihren Regierungen nahestehen, für ungenügend erklärt. Einige der gegnerischen Mäthern fanden sogar, die Antwort sei heuchlerisch und mache jede weitere Erörterung des Friedensschlusses vorerst unmöglich. Man wird nicht fehlgehen, daß diese an den Haaren herbeigezogene Auffassung auf mangelnden guten Willen, ein baldiges Ende des schrecklichen Mordens zu erzwingen, zurückzuführen ist. Hat ein englischer Staatsmann bisher ein Wort darüber geäußert, daß der deutsche Writabefehl wieder zurückgegeben werden soll? Oder würde sich England gefallen lassen, wenn die deutsche Regierung erklärte, nicht eher sei sie zum Friedensschluß bereit, als bis Irland seine volle Selbstverwaltung erhalten hätte? Oder bis das an Indien seit Jahrhunderten geübte Unrecht gestrichelt und die an Gut und Eigentum der indischen Völker verschuldeten Verbrechen ausgeglichen seien? Und wenn unsere Gegner es für unstatthaft erachten, daß Deutschland auf seine günstige militärische Kriegslage verweise — die sie übrigens mit jedem nächsten Tage betreiten — und durch sie bei Aufstellung seiner Friedensforderungen sich beeinflussen lasse, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß Frankreich und England noch ganz anders auftrumpfen würden, wenn ihre Truppen jetzt bis hundert und mehr Kilometer tief in Deutschland eingedrungen wären. Sie dürften deshalb schon etwas vorsichtiger mit ihren Vorwürfen und Verdächtigungen sein, denn sie selbst würden ihre Kriegsziele kaum so bescheiden spannen, wie die deutsche Regierung es tut. Keinesfalls steht ihnen das Recht zu, den Zentralmächten mangelnde Ehrlichkeit beim Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, vorzuwerfen; denn ihre eigene politische Ehrlichkeit ist keinesfalls größer. Es ist überhaupt lächerlich, wenn ein Staatsmann dem andern vorwirft, er sei nicht aufrichtig und rede zu wenig unverschleierte. Die ganze heutige Diplomatie ist ja doch die Kunst der falschen Bunge; ein Tuschel ist da über dem andern und sumt ihn durch noch größere Gerissenheit auszustechen.

So unberechtigt also, gemessen an ihren eigenen Worten und ihrem eigenen Verhalten, der gegnerische Einwand ist, die Fortsetzung des Krieges werde durch die deutsche Regierung verschuldet, weil sie sich nicht klar genug über das Schicksal Belgiens aussprechen wolle, so mißbilligen wir doch ganz entschieden das, was Dr. Michaelis am 28. September im Haushaltsauschuß des Reichstags über die Gründe gesagt hat, aus denen in der Antwortnote an den Papst nichts Genaueres über das Schicksal Belgiens enthalten ist. Der Kanzler führte aus, es sei niemals internationaler Gebrauch gewesen in einer einseitig gegebenen öffent-

lichen (!) Erklärung sich in einer einzelnen Frage festzulegen, die nur den Teil eines ganzen Fragenkomplexes bilde und nur mit den andern Fragen zusammen am Verhandlungstische selbst gelöst werden könne. Eine derartige öffentliche (!) Erklärung könne im gegentwärtigen Stadium nur verwirrend wirken und die deutschen Interessen schädigen. Hätte sich die deutsche Regierung auf Belgien festgelegt, so würden die Feinde darin nur einen Beweis für Deutschlands wachsende Schwäche erblickt haben. Dem Frieden wären wir um keinen Schritt näher gekommen; auf Seiten der Gegner würde im Gegenteil die Ueberzeugung gewachsen sein, nur die Ungunst unserer Zustände könne uns veranlaßt haben, eine für jeden diplomatischen Techniker so vollkommen unerklärliche Haltung einzunehmen, und das würde bestimmt kriegsverlängernd gewirkt haben.

Mag sein, daß Michaelis die Wirkung einer ganz einwandfreien Erklärung, Deutschland denke nicht daran, die Selbständigkeit Belgiens anzutasten, richtig deutet. Aber was die gegnerischen Regierungen und ihre Presse in diesem Falle gesagt hätten, wäre nicht das entscheidende Moment gewesen. Jedem muß klar geworden sein, daß von den Regierungen aus sich heraus kein baldiges Kriegsende zu erwarten steht, daß dasselbe vielmehr nur durch einen Druck der Völker auf ihre Regierungen erzwingen werden kann. Und nach dieser Richtung wäre eine ganz klare Stellungnahme zu Belgien, an der jeder Mißdeutungsversuch hätte abprallen müssen, von durchschlagendem Werte gewesen. Nicht zu den feindlichen Regierungen und deren Presse, sondern zu den Völkern der Ententestaaten sollte gesprochen werden. Und so groß ist die Möglichkeit, deutsche Erklärungen in Frankreich und England zu unterbrechen, nicht mehr, daß die Ententevölker nicht davon Kenntnis erhalten hätten. Dafür wäre schon durch die in Frankreich und England tätigen Friedensfreunde gesorgt worden. Den befürchteten Mißdeutungen der Note an den Papst und seiner eigenen Worte ist Dr. Michaelis ohnehin nicht entgangen. Das Schicksal Belgiens ist die Hauptfrage, wichtiger noch als Elßaß-Lothringen für die Franzosen. Wir können der englischen Diplomatie geradezu dankbar sein für den Rechenfehler, den sie bei all ihrer Schlaueheit damit begangen hat, daß sie das A und das B der Friedensvoraussetzungen an die belgische Frage geknüpft hat. Die englische Regierung glaubte sicher, Deutschland werde nie auf Belgien verzichten wollen. Infolge dieser Annahme ist Belgien in den Mittelpunkt des Streites gerückt worden. Die Vernichtung des deutschen Militarismus und alle andern Ententeforderungen erscheinen nebensächlich gegenüber der belgischen Frage. Deshalb wäre der gordische Knoten durchhauen worden, wenn in der Antwortnote an den Papst oder in der Kanalerrede am 28. September ohne jede Einschränkung gesagt worden wäre, was Bethmann am 4. August 1914 erklärt habe, nämlich, daß Deutschland die Selbständigkeit Belgiens nicht antasten werde, sei auch jetzt noch gültig. Eine solche sichere Bindung hätte die Entente Regierungen bei ihren Völkern für immer des billigen und erschlichenen Ruhmes entkleidet, nur für das arme Belgien führten sie den Krieg weiter.

Dazu kommt noch, daß in der Note an den Papst doch ausdrücklich auf die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli hingewiesen und das Einverständnis mit ihr ausgesprochen worden ist. Da diese Resolution nun ausdrücklich jede zwangsweise Gebietserwerbung ablehnt, hat sich ja die deutsche Regierung betreffs Belgiens bereits festgelegt. Wozu also das Spiel mit Worten? Deutschland will Belgien nicht haben, und dabei bleibt es. Dem Kanzler sind bereits nach dieser Richtung die Hände gebunden, und er konnte das auch öffentlich erklären, wie er es nicht öffentlich bereits wiederholt getan hat. Das täglich rauchende Blut weiterer Tausender von Männern fordert,

daß kein Spiel mehr mit Worten getrieben wird und daß Deutschland, gerade weil es militärisch am günstigsten dasteht, alles tut, um der gegnerischen Diplomatie den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der Arbeitsmarkt im August 1917.

(Aus dem „Reichs-Arbeitsblatt“.)

Auch im 37. Kriegsmonat zeigt sich die Kraft unvermindert, mit welcher der deutsche Wirtschaftskörper den hochgespanntesten Anforderungen des Heeres und der Flotte genügt und gleichzeitig den auf sich selbst gestellten Innenmarkt, wo es nötig wird, auf immer neuen Wegen zu versorgen weiß. Die ruhige Stetigkeit, mit der die deutsche Landwirtschaft und Industrie ihre Aufgaben erfüllen, läßt dem Vormonat gegenüber kaum je eine wesentliche Veränderung erkennen; daß aber dennoch ein beharrliches Aufsteigen statthat, zeigt ein Blick auf den entsprechenden Monat des Vorjahres. Der August 1917 erweist, bei nur geringfügiger Minderung des Gesamtbildes dem Juli gegenüber, eine deutliche Steigerung der Leistung im Vergleich zum August des Vorjahres.

Im Bergbau und Hüttenbetrieb gestaltete sich die Beschäftigung ebenso lebhaft wie im Vormonat. In der Eisen- und Metallindustrie machte sich stellenweise dem Juli dieses Jahres gegenüber eine weitere Verbesserung der Tätigkeit bemerkbar. Hier wie im Maschinenbau trat teilweise ein Fortschritt dem Vorjahre gegenüber aufs deutlichste hervor. In der elektrischen Industrie lagen die Verhältnisse im ganzen ebenso günstig wie im Vormonat und vielfach noch günstiger als im Jahre zuvor. Die chemische Industrie zeigte auch dem August vorigen Jahres gegenüber zum Teil eine Verbesserung, die sich verschiedentlich auch schon im Vergleich zum Vormonat bemerkbar machte. In der Holzindustrie sind im allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen dem Vormonat gegenüber festzustellen. Das gleiche gilt vom Spinnstoff- und Bekleidungsgebiete. Auch für den Baunarkt war die Lage unverändert.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. September 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. August gegenüber insgesamt eine Zunahme um 38841 oder um 0,44 v. H. gegenüber einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,14 v. H. bei der vorhergehenden Feststellung am 1. August dieses Jahres. War im Monat zuvor der Rückgang auf die Verminderung der männlichen Beschäftigtenzahl zurückzuführen, so ist dieses Mal eine schwache Zunahme der männlichen Beschäftigten festzustellen. Sie beträgt allerdings nur 7892 oder 0,21 v. H.; im Vormonat stand dieser Zunahme aber eine Verminderung um 20 000 oder um 0,49 v. H. gegenüber. Die weibliche Beschäftigtenzahl ist am 1. September dem Vormonat gegenüber um 25 949 oder um 0,66 v. H. gestiegen, während sie im Monat zuvor sich nur um 0,20 v. H. erhöht hatte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzunahme der beschäftigten Krankenkassenmitglieder eine nicht unerheblich höhere; sie stellte sich am 1. September 1916 nur auf 0,06 v. H., weil damals die männlichen Beschäftigten einen Rückgang um 0,50 v. H. erfahren hatten. Beim weiblichen Geschlecht hatte sich allerdings die Zunahme ebenso hoch wie in diesem Jahre gestellt. Bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl muß berücksichtigt werden, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht enthalten ist.

Nach den Feststellungen von 31 Fachverbänden, die für 978 460 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende August 7811. Es sind das 0,8 vom Hundert. Da auch Ende Juli 1917 die Arbeitslosenziffer 0,8 vom Hundert betrug, so zeigt sich dem Vormonat gegenüber keinerlei Veränderung in der Gestaltung der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum August der drei vorhergehenden Jahre ist aber eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit festzustellen; denn im August 1916 stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 2,2, im August 1915 auf 2,6 vom Hundert und im ersten Kriegsmonat, im August 1914, auf 22,4 vom Hundert.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche Geschlecht ein allerdings nur schwaches Steigen des Andranges der Arbeitsuchenden erkennen, während er für das weibliche Geschlecht etwas lebhafter ausfiel. Im August kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 49 Arbeitsuchende (gegenüber 47 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht stieg die Andrangsziffer im Juli von 88 auf 86.

Die bis Mitte September reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ weist gegen den Vormonat keinerlei wesentliche Veränderungen der Verhältnisse auf. Gegen das Vorjahr ist eine Verminderung der Arbeitsuchenden und eine Vermehrung der offenen Stellen eingetreten.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im August lassen für Westpreußen, Schlesien, Berlin-Brandenburg, für die Thüringischen Staaten, für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie für Hessen-Nassau, Hessen und Baden im allgemeinen keine wesentliche Veränderung erkennen. In der Provinz Sachsen und im Herzogtum Anhalt ist die Nachfrage nach männlichen wie weiblichen Arbeitskräften weiterhin gestiegen. Für das Königreich Sachsen wird gegen den Monat Juli eine Zunahme der Vermittlungsziffer der Arbeitsnachweise, namentlich bei ungelerten Arbeitern und Frauen, gemeldet. In Hamburg hat sich, während das Angebot weiblicher Arbeitskräfte eine Verringerung erfährt, bei den männlichen Arbeitsuchenden eine Zunahme gezeigt. Auch in Württemberg hat die Zahl der arbeitssuchenden Personen zugenommen. In Westfalen ist dem Vormonat gegenüber auf dem männlichen Arbeitsmarkt ein Rückgang der Zahl der Arbeitssuchenden wie der vermittelten Stellen festzustellen, und auch auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist eine Verringerung der Arbeitssuchenden wie der offenen Stellen eingetreten. Im Rheinland machte sich eine gewisse Erleichterung der Arbeitsmarktlage bemerkbar.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kassengeschäftliches.

In der Zeit vom 1. bis 30. September gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Alt-Rahlstedt M. 110, Ansbach 47,50, Bergen a. R. 80, Bitterfeld 600, Brandenburg 180, Braunschweig 200, Bremen 1967,90, Bremerörde 5,05, Breslau 1100, Burg b. M. 700, Celle 100, Chemnitz 800, Düsseldorf 1500, Eisenach 250, Felberg 75,85, Gentlin 7,40, Glückstadt 106,25, Greifenhagen 9,60, Hagenom 100,10, Hamburg 3340, Holzkirchen 18,65, Jever 9,20, Karlsruhe 100, Lauban 6,80, Lübeck 400, Ludwigshafen 400, Magdeburg 1300, Mainz 584, Memmingen 18,95, Merseburg 2200, Miesbach 48, München 2000, Neustadt a. d. O. 50, Neustrelitz 64,70, Nürnberg 400, Penzlin 2,70, Pöbeljuch 26, Rastenburg 400, Rostlau 45,07, Ruppertsdorf 95,92, Saarbrücken 200, Semd 98,65, Schneidemühl 47,40, Schwartau 23,85, Schwerin 140, Stettin 500, Stuttgart 1200, Waldenburg i. Schl. 7, Wedel 110,60, Weida 8,15, Weisenburg 4,05, Worms 200, Zarentin 38,05, Zittau 200, Einzelzahler der Hauptkasse 111,10, für Inhaber von Privaten 1, Diverse 13,50.

An diversen der Hauptkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Bremen M. 40, Breslau 195, Chemnitz 895, Düsseldorf 28,50, Karlsruhe 9,80, Kiel 7,80, Königsberg i. Pr. 310,80, Nürnberg 35, Stuttgart 500.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützung für August gingen ein: Aus Breslau M. 21, Burg a. Fehmarn 14, Hamburg 58,50, Liegnitz 63, Neichenau 21, Stettin 17,50, Wiesbaden 35,50.

98 Tage à 175 „ = M. 171,50
27 „ à 200 „ = „ 54,—
125 Tage = M. 225,50

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Eine Arbeitsunterbrechung in Dresden verursachte der Arbeitgeberverband dadurch, daß er einem seiner Mitglieder bei Strafanandrohung verbot, keine, seit Jahresfrist an die Arbeiterchaft gewährte Vergünstigungen weiter zu gewähren. Ebenso sollte eine andere Firma, die nicht dem Arbeitgeberverband angehört, durch Androhung einer Denunziation bei der Kriegsamtsstelle XII veranlaßt werden, gleiche Zutwendungen an ihre Bauarbeiterschaft einzustellen. Letztere Firma, Emil Jakob, Niederseßlich, reagierte aber nicht so schnell auf dieses Anfinnen und blieb dadurch von einer gleichen Störung des Wirtschaftsfriedens bewahrt.

Erstere Firma, die Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau, Filiale Dresden, glaubte aber, die angedrohte Strafe des Arbeitgeberverbandes dadurch abzuwehren zu müssen, daß sie auf das Verlangen einging. Sie hatte seit Baubeginn wegen der ungünstigen Lage der Baustelle, Gaswerk Reich, das Straßenbahnfahrgeleis vergütet und 25 % zum Mittagessen gewährt, weil dieses im Gaswerk um 25 % teurer war als in den Volkshäusern der Stadt. Die auf gleicher Baustelle beschäftigte Firma Emil Jakob tat ihrer Arbeiterchaft gegenüber das gleiche. Nicht aber der königliche Hofzimmermeister Noack, obwohl dieser auch bis zu 40 Zimmerer auf dieser Baustelle beschäftigte. Die Firma Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau begründete ihr Vorgehen teilweise damit, daß die Küche in Reich auch Volkshäuser geworden und dadurch die Differenz des Essenpreises in Wegfall gekommen sei. Diese Aenderung lag aber bereits zehn Wochen zurück.

Auf Veranlassung einer Abordnung der Schlichtungskommission wurde am zweiten Tage der Arbeitseinstellung die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen, nachdem sich die betreffende Firma bereit erklärt hatte, die Vergünstigungen weiter zu gewähren bis zur Entscheidung des sofort anzurufenden Schlichtungsausschusses nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes. Von diesem wurde am 13. September der folgende Schiedsspruch gefällt:

Dresden-A., 13. September 1917.

Deutscher Bauarbeiterverband,
zu Händen der Herren F. Barth und H. Dehmichen,
Dresden, Ribbenbergstraße 2, 2. Et.

Bei der heute stattgefundenen Schlichtungsausschussung, betreffend Beschwerde der Firma Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau, Dresden, gegen den Deutschen Bauarbeiterverband beziehungsweise die Arbeiterchaft der genannten Firma, hat der Schlichtungsausschuss folgenden Spruch gefällt:

In Anbetracht, daß die Firma Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau bereits seit zehn Wochen

den Differenzbeitrag für das Mittagessen weitergezahlt hat und auch das Straßenbahngeleis gewährte, müssen auch in Zukunft den Bauarbeitern diese Beträge in der bisher gewährten Art weitergezahlt werden, da es sich hier nach Erachten des Schlichtungsausschusses um freiwillige Zuwendungen handelt, die nicht den Bestimmungen des Tarifvertrages zuwiderlaufen.

Nichtbeachtung dieses Schiedsspruches würde nach § 13 Absatz 3 des Hilfsdienstgesetzes den Arbeitern das Recht auf die Vertragsabkehr zusichern.

gez. G. Brand, gez. O. Koritzki.

wobon Sie bitte der Arbeiterschaft Kenntnis geben wollen.

Hochachtungsvoll

Schlichtungsausschuss der Kriegsamtsstelle XII, Dresden.
O. Koritzki.

Damit erfährt der Uebereifer des hiesigen Arbeitgeberverbandes die wohlverdiente Abfuhr. Das Eigentümliche bei der Aktion des Arbeitgeberverbandes war, daß die Entziehung des Straßenbahnfahrgeleises gefordert wurde gerade zu der Zeit, als dieses seitens der Dresdner Stadtverwaltung um 50 pzt. erhöht worden war.

Die Teuerungszulage auf der Insel Rügen hat am 17. September erneut den Schlichtungsausschuss zu Stralsund beschäftigt. Wie bereits in Nr. 35 des „Zimmerer“ berichtet, zahlte die Unternehmer in Bergen, Garz und Sahnitz nur eine Zulage von 5 % pro Stunde. Es wurde deshalb der Schlichtungsausschuss schon am 14. August in Anspruch genommen mit dem Erfolg, daß der Rügenische Arbeitgeberverband, dem genannte Unternehmer angehören, sich bereit erklärte, die volle Zulage von 15 % vom 30. Juli ab zu gewähren. Eine Nachzahlung vom 27. April ab lehnte er ab. In der erneuten Sitzung des Schlichtungsausschusses am 17. September kam ein Vergleich zustande, wonach vom 14. Mai dieses Jahres ab eine Teuerungszulage von 10 % für die Arbeitsstunden nachgezahlt wird. Der Rügenische Arbeitgeberverband ist dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe nicht angeschlossen.

Eine Erhöhung der Teuerungszulage für Bielefeld haben unsere dortigen Kameraden gemeinsam mit den Bauarbeitern bei dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Bielefeld beantragt. Unterm 19. September erfolgte darauf folgende Antwort:

Unsere heutige Mitgliederversammlung hat von Ihrer Eingabe vom 5. dieses Monats Kenntnis genommen. Die Regelung weiterer Kriegsteuerungszulagen muß der Zentralorganisation überlassen werden. gez. Sadmann.

Unsere Kameraden wünschen dringend, daß die angebotene Regelung nicht lange auf sich warten läßt.

Ueber die Zurückertattung der Teuerungszulage schreibt „Die Bauwelt“ in ihrer Nr. 38 vom 20. September 1917:

„Die Teuerungszulagen im Baugewerbe, die nach den bisherigen Festsetzungen nur einem bestimmten Teile der deutschen Bauarbeiterschaft wiedererstattet werden sollten, werden nun allgemein allen beteiligten Arbeitgebern gewährt werden. Auf zwei Eingaben des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister hat der Staatssekretär des Innern diesem Verband unterm 5. September eröffnet, daß sich nach nochmaligen eingehenden Beratungen mit den beteiligten Amtsstellen des Reiches und Kreuzens die Reichsfinanzverwaltung bereit erklärt hat, bei Hochbauten, die unmittelbar für Rechnung des Reiches ausgeführt werden, die Teuerungszulage auch solchen Bauunternehmern zu erstatten, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, sofern nur im übrigen die in dem Erlaß des Reichsministers vom 5. Mai 1917 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind. Es ist dies in der Erwägung gesehen, daß das Reich als Bauherr an der rechtzeitigen und ordnungsgemäßen Fertigstellung der Bauten ein dringendes Interesse hat und daß unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen Billigkeitsgründe dafür sprechen, die nicht vorhergesehene Teuerungszulage dem Bauunternehmer von seiten seines Auftraggebers zurückzuerstatten. Die Bundesstaaten werden hinsichtlich der von ihnen unmittelbar vergebenen staatlichen Hochbauten voraussichtlich in gleicher Weise verfahren.“

Bei Privatbauten, und zwar auch bei solchen der Kriegsindustrie, kann nach dem Erlaß des Herrn Staatssekretärs des Innern dagegen eine Ausdehnung der Erstattung über den im Erlaß vom 5. Mai 1917 vorgesehenen Umfang nicht in Aussicht gestellt werden. Zimmerer ist auch ohnedies der Erfolg der Eingaben des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister nicht zu unterschätzen.“

Da die Teuerungszulage, pro Stunde 15 %, vom 27. April 1917 ab zu zahlen ist, haben nach vorstehend angezeigtem Erlaß alle Zimmerer, die bisher die Teuerungszulage noch nicht erhalten haben, diese von ihrem Arbeitgeber zu verlangen. Denn es ist doch nicht angängig, daß die Herren Teuerungszulagen zurückerstattet bekommen, die sie gar nicht gezahlt haben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Am 11. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Ablauf unseres Tarifvertrages am 31. März 1918; Wie haben sich die Mitglieder unseres Verbandes mit der Vertragsleistung zu verhalten, wenn die Einberufung zum Hilfsdienst erfolgt; Verbandsanangelegenheiten. Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, teile der Vorsitzende der Versammlung mit, daß der Krieg wieder drei Kameraden aus unserer Mitte gerissen hat, die Kameraden Josef Cygon, Hermann Labikow und Paul Thiel. Ihr Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Dann führte Kamerad Schmidt etwa folgendes aus: Seit Jahren stehen die Breslauer Zimmerer mit dem Arbeitgeberbund im Tarifverhältnis, und gerade die Zimmerer sind eine der ersten Gewerkschaften gewesen, die mit den Unternehmern einen Tarif abgeschlossen hatten. Im Jahre 1913 wurde unser letzter Tarif abgeschlossen, gültig bis 1916. Daß dieser nicht erneuert wurde, daran ist der leidige Krieg schuld. Die Regierung hatte 1916 vorgeschlagen, wenn es möglich ist, wäh-

rend des Krieges die schweren Unterhandlungen auszuweichen; man solle sich nur über die Lohnfrage einigen, das andere solle bis Friedensschluß zurückgestellt werden. Eine Lohnaufbesserung unter dem Titel Teuerungszulage solle in Höhe von 10 % gezahlt werden. Die Breslauer Kameraden dachten, so etwas haben wir noch nicht erlebt; denn 2 und 3 % waren immer das Resultat nach wochenlangen, hitzigen Verhandlungen gewesen. In einigen Wochen waren die Kameraden aber schon eines Besseren belehrt; die Lebensmittelpreise stiegen von Tag zu Tag bis zu den schwindelnden Höhen, so daß die Teuerungszulage bei weitem nicht mehr ausreichte und mancher Familienvater recht sorgenvoll in die Zukunft sah. Wir waren durch den abgeschlossenen Kriegsvertrag bis Ende März 1918 gebunden. Durch geschicktes und umsichtiges Arbeiten der Organisation ist es am 27. April dieses Jahres unter Mitwirkung der Regierung gelungen, eine erneute Teuerungszulage von 15 % die Stunde zu erhalten. Dieses neue Abkommen läuft bis 31. März 1918. Bei allen früheren Tarifverhandlungen haben wir mit einer Zeitdauer von drei Monaten zu rechnen gehabt, sollen wir nun pünktlich am 31. März unseren Tarif erneuern können, müssen wir so bald als möglich mit den Beratungen beginnen. Sollten nun Beratungen darüber gepflogen werden, so kann dies nur in Versammlungen geschehen. So wie die letzten Versammlungen besucht waren, wäre es allerdings unmöglich; denn immer war nur eine kleine Mitgliederzahl als regelmäßige Versammlungsbesucher erschienen. Heute, wo die Versammlungswärter alle brieflich eingeladen wurden, sind fast alle Breslauer Zimmerer zur Stelle; so muß es immer sein, da kann man über einen neuen Tarif beraten. Die Fassung des alten Tarifes muß geändert werden, er muß so ausfallen, daß wir ihn unsern im Felde stehenden Kameraden mit Stolz zeigen können; wir müssen sagen können, auch wir zu Hause haben gekämpft in der Zeit, wo ihr in schweren Gefahren geschweht habt; wir haben euch das wirtschaftliche Leben bei eurer Rückkehr geebnet; wir haben euch gesunde Lohn- und Arbeitsbedingungen verschafft. Der Breslauer Tarif von 1913 gehört zu den wenigen Tarifen, die noch nicht unterschrieben sind. Schuld hieran trägt die Halsstarrigkeit des Breslauer Arbeitgeberbundes, der durchaus die Affordarkeit und die niedrige Landzulage von M. 1,50 mit hinein haben möchte. Affordarkeit wird in Breslau schon jahrelang nicht mehr gemacht, und daß für M. 1,50 kein Breslauer Zimmerer auswärts arbeiten mag, haben die Erfahrungen der letzten Zeit gelehrt. Ebenso haben die Unparteiischen im Jahre 1913 erklärt, die Vororte Deutsch-Billa und Hundsfeld müssen in der Lohnfrage den Breslauer Verhältnissen gleichgestellt werden. Auch mit dieser Sache muß reiner Tisch gemacht werden. Es handelt sich nun darum, wie sich der Arbeitgeberbund dazu stellen wird. Wenn uns vernünftige Vorschläge gemacht worden sind, waren wir immer zu Unterhandlungen bereit. Viele Kameraden arbeiten in der Kriegsindustrie oder bei langandauernden Kriegsbauten und glauben, für sie bestehe nun keine Vertragspflicht mehr. Diese Arbeiten werden nach Friedensschluß aufhören, und die Kameraden werden gezwungen sein, wieder mit uns zu arbeiten. Diese Kameraden sollten bedenken, daß es nicht so geht: nicht säen, aber ernten; jetzt nichts bezahlen, aber später die Früchte unserer schweren Kämpfe einzusteden. Schwer werden die Kämpfe sein; denn die Unternehmer werden versuchen, die Teuerungszulage abzubauen und uns noch andere Verschlechterungen beizubringen. In verschiedenen Orten Schlesiens haben die Unternehmer die Teuerungszulage noch nicht gezahlt. Es sind dies Orte, wo keine Organisation besteht oder diese durch die Uneinigkeit der Mitglieder sehr schwach ist; in diesen Gegenden können sich die Meister alles erlauben. Darum muß jeder Kamerad seine Pflicht tun durch regelmäßige Beitragsleistung, Agitation und Versammlungsbesuch. Denn nur eine geschlossene Organisation ist imstande, unsern Gegnern die Stirn bieten zu können und für unsere Kameraden etwas zu erreichen. Die daran anschließende Diskussion war kurz und sachlich, zeigte aber doch, daß die Laune unter unsern Mitgliedern aufgehört hat und ein neuer, reger Geist eingezogen ist. Sämtliche Redner stimmten damit überein, daß ohne Unterhandlungen kein Tarif abgeschlossen werden kann. Die Unternehmer werden uns schon sehr weitgehende Zugeständnisse machen müssen, wenn wir einen mehrjährigen Vertrag abschließen sollen. Im Anfang des Krieges sah es wohl so aus, als ob die Stöckkraft unserer Organisation erlahmt wäre; aber durch rege Agitation ist es Verlorene wieder wettgemacht worden, und auch die Breslauer Kameraden wollen freudig für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Daß die Unternehmer schon jetzt sehr scharfmachen, lehrt uns unsere Gewerkschaftspresse; es ist daher auch unsere Pflicht, auf dem Posten zu sein. Durch die Zeilen der Versammlungsberichte der nord- und westdeutschen Städte liest man heraus, daß dort die Kameraden ebensowenig wie wir mit der Teuerungszulage zufrieden sind und neue Zulagen verlangen; unsere Lebensfrage gebietet uns, die Kameraden bei ihren Forderungen zu unterstützen und gleichfalls eine rege Agitation für eine erneute Teuerungszulage beziehungsweise Lohnzulage zu entfalten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte gleichfalls Kamerad Schmidt. Es gibt mehrere alte Kameraden, die durch das Hilfsdienstgesetz nach Oberschlesien verbannt werden sollten, was bei den Kameraden eine Verschlechterung ihres Einkommens bedeuten würde. Durch geschicktes Eingreifen des Vorstandes ist es gelungen, die Kameraden davor zu bewahren und in hiesigen Kriegsbetrieben unterzubringen, so daß sie auf ihre alten Tage nicht Familie, Wohnort und ihre häusliche Ordnung verlassen mußten. Das Hilfsdienstgesetz ist in der Zeit der Not geboren; wir haben durch das Gesetz viele unserer Freiheiten eingebüßt. Den Leitungen der Gewerkschaften sind Vorwürfe über die Annahme des Gesetzes gemacht worden; hätten wir aber das Gesetz nicht angenommen, wären sämtliche Betriebe militärisiert worden. Wir haben aber verstanden, das Gesetz zu verbessern und zu mildern; wir haben die Schlichtungskommission eingesetzt, auch die vierzehntägige Frist bis zum Eintritt der Arbeit, auch Alter, Gesundheit und Familienverhältnisse müssen berücksichtigt werden, desgleichen der Mehrverdienst bei Erteilung des Abfahrscheines. Nach allen diesen Verbesserungen kann keine Rede davon sein, daß wir einen Fehler bei der Zustimmung zu diesem Gesetz gemacht haben. Sollten Kameraden nach einem andern Wohngebiet gejagt werden, wo weniger Lohn gezahlt wird, darf er nicht denken,

nun brauche er auch keine Beiträge mehr zahlen, sondern er hat seine Beiträge nach der Höhe seines Verdienstes zu entrichten. Besonnt ein Kamerad einen Vesehl zum Hilfsdienst, ist es am vorteilhaftesten, er geht sofort in das Verbandsbureau und läßt sich von dort in einem hiesigen Kriegsbedriebe, der hilfsdienstpflichtig ist, unterzubringen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung fanden verschiedene Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung. Was für Elemente sich jetzt in unsere Reihen drängen, zeigt eine Mitteilung des Kameraden Goldschmidt. Hier in Breslau treibt sich ein Mensch herum, der angibt, auch Zimmermann zu sein, in Wirklichkeit hat er nur in einem Baugeschäft eine Zeitlang als Kustarbeiter gearbeitet. Die Kameraden sollen gewarnt sein; denn was dieser Mensch an Handwerkzeug sieht, sieht er. Mit ihm soll niemand zusammenarbeiten, sondern dem Arbeitgeber erklären, mit Spitzbuben wollen wir nicht in einem Betrieb beschäftigt sein. Im Jahre 1918 wurde in einer Versammlung beschlossen, jedes Mitglied hat jährlich eine Lokalmarke in Höhe von 50 z zu Heben, wofür ihm im Todesfalle Grabbegleitung, Kranz mit Widmung und eine Anzeige in der Breslauer Arbeiterpresse geleistet wird. Jetzt im Kriege sind für die Lokalkasse noch andere Ausgaben dazu gekommen. Die Angehörigen jedes gefallenen oder verstorbenen Mitgliedes erhalten M 10 Sterbegeld, die Kriegerfrauen erhalten zu der Unterstützung vom Hauptvorstand einen Zuschuß aus der Lokalkasse. Die Mitgliederversammlung hat nun beschlossen, daß jedes Mitglied jährlich drei Marken je 50 z zu Heben hat. Wenn die Marken geleistet werden müssen, war nicht beschlossen, viele Kameraden flehten sie überhaupt nicht, andere sagten, es hat noch Zeit, viele wurden zum Militär eingezogen, andere reisten ab, so daß die Lokalkasse nicht die nötige Unterstützung bekam, die sie brauchte, um auf ihrer alten Höhe bestehen bleiben zu können. Dies muß anders werden. In diesem Sinne ging folgender Antrag des Kameraden Bunte ein, welcher einstimmig angenommen wurde: Jedes Mitglied hat jährlich drei Lokalmarken in Höhe von je 50 z zu Heben, und zwar je eine im ersten, zweiten und dritten Quartal; wer mit seinen Marken im Rückstande ist, erhält keine Grabbegleitung und auch kein Sterbegeld. Nachdem Kamerad Wischa eine belehrende Erklärung über das Selbstzahlerverfahren bei der hiesigen allgemeinen Ortskrankenkasse gegeben hatte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung. Die Versammlung war die bestbesuchteste nach Ausbruch des Krieges. Die Kameraden zeigen, daß es auch geht und daß es nur zu ihrem eigenen Nutzen ist, denn der Vorstand allein kann keine besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, dazu gehört ein reger und regelmäßiger Versammlungsbefuch, wie es einem jeden zielbewußten Gewerkschaftsmitglied zukommt.

Hannover. Am 22. September fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Genügt der gegenwärtige Arbeitslohn zur Bestreitung des durch die enorm gestiegenen Preise für sämtliche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände notwendigen Unterhalts? Aufnahme einer Statistik. Der Vorsitzende Jahr führte aus, daß nach der letzten Teuerungszulage, die schon derzeit den Teuerungsverhältnissen nicht entsprechen hätte, eine ganz erhebliche Steigerung aller Verbrauchsgegenstände eingetreten sei. Es sei unter allen Umständen notwendig, daß eine wesentliche Zulage eintreten müsse. Die Unternehmer wären in der Lage, höhere Löhne zu bezahlen; von jener Seite ist selbst gesagt worden, daß bei Übernahme von Arbeiten jeder Preis gezahlt wird, der verlangt werde. So könnte man sehen, daß die Bauunternehmer große Profite einstrichen, während der Verdienst der Zimmerer durch die Wucherpreise geschmälert werde. Von den Unternehmern seien, wie immer, alle Forderungen abgelehnt worden, und so hätte es wohl wenig Wert, daß man an dieser Stelle vorginge. Bei den letzten Verhandlungen sei ja auch von dem Herrn Regierungsvertreter im Reichsamt des Innern gesagt worden, falls eine weitere Teuerung eintrete, man zu Verhandlungen bereit sei. Eine Verletzung des Vertrages könne unter diesen Umständen von den Unternehmern wohl nicht herausgeklüffelt werden. Diesen Ausführungen schlossen sich alle Redner an. Kamerad Walter führte noch weiter aus, daß der Statistiker Calver in 200 Markorten festgestellt hätte, daß der Lebensunterhalt einer kleinen Familie 1914 M 24,66, 1917 M 49,29 betrage, also um 100 p. St. gestiegen sei. Wenn man sich auch nur die allernotwendigsten Lebensmittel vor Augen führe, zum Beispiel Kartoffeln, so hätten diese 1914 pro Zentner M 2,75 bis M 3 gekostet. Jetzt wäre der Zentner auf M 7,50 gekommen. Das Gemüse sei auch um 50 p. St. gestiegen. Mit Steinkohlen ginge es ebenso, und an Anschaffung von Kleidungsgegenständen sei überhaupt nicht zu denken. Redner meinte, ob nun aber die Verhandlungen wieder so gehen würden, wie das letztemal, sei abzuwarten. Die letzte Zulage sei auf Kosten der Regierung übernommen. Da nun aber die Arbeiten, die zu der Zeit vorlagen, fertiggestellt sind, so müßten die Unternehmer bei Übernahme anderer Arbeiten mit den Verhältnissen rechnen. Die Versammlung beschloß, den Zentralvorstand zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, daß noch vor Ablauf des Winters eine den Verhältnissen entsprechende Zulage eintreten müsse, zumal jetzt mit einer kürzeren Arbeitszeit gerechnet werden müsse und so mit einem Verdienst von M 40 bis M 42 die Woche nicht auszukommen sei. Zur statistischen Erhebung wurde von Wahn ausgeführt, daß der Zentralvorstand eine Erhebung veranstalte. Die Platzlisten seien zur Stelle. Eine genaue Durchführung aller Fragen sei unter allen Umständen notwendig. Auch solle dieses eine Anregung für Unorganisierte sein, damit auch diese dem Verbande wieder zugeführt würden. Es sollen da, wo noch Unorganisierte auf Plätzen vorhanden sind, Platzbesprechungen stattfinden, um eine durchgreifende Agitation vornehmen zu können. Unter „Verschiedenes“ wurden Mißstände, betreffend nicht nach Tarif bezahlte Fahrgelder, vorgebracht. Die Unternehmer versuchen, den Tarif in ihrem Interesse auszubehuten. Es soll aber mit allem Nachdruck vorgegangen werden, damit die Unternehmer wissen, daß die Zimmerer noch auf dem Posten sind. Auch die bekannte Firma, Hannoversche Zementbau-Aktiengesellschaft kann sich noch immer nicht an die Freitagslohnzahlung gewöhnen, so daß hier ebenfalls eine Regelung der Sache vorgenommen werden soll. Zum Schluß wendet sich Kamerad Jahr nochmals an die Unorganisierten. Diese müßten sich schämen, daß sie jetzt noch nicht einsehen woll-

ten, welch großes Werk der Verband an Unterstützungen der im Felde stehenden Kameraden an deren Familien getan hat und noch tut. Es erfolgte dann Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Kiel. Eine unsere Verhältnisse nach sehr gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 11. September im Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung: Mitteilungen. Arbeit und Arbeiterfragen im Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses, Referent Kamerad Römer. Berichtigung der Abrechnungen vom Jahre 1915 der Lokal- und Weerdigungs-kasse. Verwaltungsfragen. Zum ersten Punkt wurde bekanntgegeben, daß unser Mitgliederbestand von 251 im zweiten Quartal auf 305 angewachsen sei. 22 Neuaufnahmen seien zu verzeichnen. Noch seien nicht alle Unorganisierten erfasst, und es bedürfe der Mitarbeit aller Kameraden. Die Verbindung mit den im Felde stehenden werde immer reger. Ueber 120 Feldpostsendungen gehen wöchentlich hinaus, und es seien auch eine große Anzahl Grüße eingelaufen. Zweck und Nutzen der bevorstehenden statistischen Erhebung wurden erläutert und zur gewissenhaften Ausfüllung der Fragebogen aufgefordert. In fünf Kameraden der G. W. sei eine Lohnschädigung im Betrage von M 87 aus der Lokalkasse gezahlt. Vom Zentralvorstande sei uns zur Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen unserer Zahlstelle ein monatlicher Zuschuß von M 100 bewilligt. Die mit der zehnten Woche zur Einführung gelangte Beitragserhöhung sei glatt zur Durchführung gelangt. Nunmehr ergreife Kamerad Römer zu seinem Vortrage das Wort, der von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Redner führte ungefähr folgendes aus: In einer Zeit wie der gegenwärtigen, die alle wirtschaftlichen Zusammenhänge wie in einem nebelhaften Schleier gehüllt erscheinen läßt, der die Volkspolung „Durchhalten“ trägt, ist es für die gesamte Arbeiterklasse doppelt wichtig, wahrzunehmen, daß in dieser verhängnisvollen Zeit in noch höherem Grade als in normalen Zeiten die beiden Faktoren Arbeit und Arbeiterfrage den Mittelpunkt im Kreise des Wirtschaftsprozesses bilden. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Konsequenzen gegenwärtig fast die ganze Welt in einen Gegenkessel umgewandelt hat, versteht man unter Arbeit schlankwegs die Lohnarbeit; so ist man auch gewohnt, unter Arbeiter den Lohnarbeiter zu verstehen. Dieser Begriff für die menschliche Produktivität zum Zwecke seiner Lebensunterhaltung ist im Grunde genommen eine Heberleitung aus der früheren Leibeigenschaft. Auch lehnte sich für die gelernten Arbeiter die Zunftgesetzgebung hieran an, die dann später durch die kapitalistische Produktion infolge der Freizügigkeit eine Modernisierung erfuhr. In der letzteren, die den Gegenwartskampf beherrscht, hat mittlerweile die Arbeit das Prestige des biblischen Segens vollkommen eingebüßt. Anders ist es bei den Menschen, die infolge eines Vermögensbesitzes ihre Arbeitsenergie anwenden, um durch Ausnutzung der Arbeitskraft anderer Gewinne zu erzielen. Hier ist die Arbeit nicht Lebensbedingung, sondern materieller Lebenszweck. Diese Glieder der Gesellschaft, Arbeitgeber, Unternehmer, spielen nur die Rolle der Vermittlung zwischen Kapital und Arbeit, wofür ihnen aber der ungleich größere Teil des Arbeitertrages zufließt. In diesem Gange des Wirtschaftsprozesses wurzeln die sozialen Klassengegensätze, die den Boden für die Unzufriedenheit der denkenden Arbeiter bilden. Durch den organisatorischen Zusammenschluß der Arbeiter in politischen und wirtschaftlichen Vereinen ist die berechtigte Unzufriedenheit zur Selbsthilfe gereift, welche jedoch infolge der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitals und nicht in letzter Linie des Absichtsstehens der immer noch größeren Zahl der Arbeiterkraft in bestimmten Grenzen gehalten ist. Wenngleich in einem Kulturstaate jedes nuchbare Glied der Gesellschaft zur Produktivität gehalten sein sollte, ergibt der heutige Wirtschaftsprozess, daß derselbe im überwiegenden Maße von der Kapitalistenklasse beherrscht wird; am 31. Januar bestanden 27 756 Aktiengesellschaften mit einem Produktionskapital von 23 034 Milliarden Mark. Diese internationale Herrschaft des Kapitals über die Produktion hat zur Folge, daß selbst während des Krieges die Beteiligung des Kapitals an der Nützlichungs- und Munitionsindustrie aller Staaten international ist. Die überaus hohen Dividenden der Kriegsindustriebetriebe lassen erkennen, wie gerade während des Krieges die Produktion nutzbringend für die herrschende Kapitalistenklasse arbeitet. Redner gab an der Hand eines interessanten Zahlenmaterials hierüber ein Bild. Nach dem Stande der Volkszählung für das Deutsche Reich ist die Ziffer der Lohnarbeiter im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme überhaupt in steter Steigerung begriffen. Nach der letzten Volkszählung betrug die Zunahme der Gesamtbevölkerung 19 p. St., während dieselbe der Industrie nahezu 50 p. St. aufwies. Diese Ziffern, in Verbindung mit der fortschreitenden Kapitalisierung der Produktion während des Krieges, legen Zeugnis davon ab, daß die Befestigung der Klassenengegense innerhalb der Gesellschaft nach wie vor ein unerreichtes Problem und durch den Krieg mit seinen politischen Begleiterscheinungen keineswegs der Erfüllung näher gerückt ist. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft, daß sich dieselbe mehr denn je der Aufgabe zu widmen hat, aus eigener Kraft durch innigen Zusammenschluß sich der schädigenden Einflüsse der heutigen Produktionsweise und Wirtschaftsordnung auf ihre Lebenshaltung zu erwehren. Redner geht noch auf die bisherigen Lohnkämpfe ein, streift dabei auch den ausgebrochenen Konflikt innerhalb der politischen Arbeiterklasse mit dem Hinweis, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit Einigkeit am Platze sei. Nicht in letzter Linie für die Gewerkschaften gelte es, alle Kräfte zu sammeln, um nach dem Kriege in Bereitschaft zu stehen, das Interesse der Mitglieder zu wahren. Unser Verband habe sich seit zwei Quartalen hinsichtlich seiner Mitgliederzahl wieder etwas gehoben und stehe auch fundamental einigermaßen befriedigend da; aber andererseits müsse festgestellt werden, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl Berufsangehörige sich zurzeit der Mitgliederzahl entzogen; diese für den Verband wiederzugewinnen und das Auge auf die zu erwartenden Anforderungen der Zukunft zu richten, sei Pflicht eines jeden Mitgliedes. Nach kurzer Diskussion wurde die Notwendigkeit zum Ausbau der gewerkschaftlichen sowie auch für unsere sozialpolitischen Ziele strebende Parteiorganisation anerkannt. Wie sehr die wirtschaftliche Lage der Zimmerer

Kiels der Aufbesserung bedürfe, wurde vom Kameraden Marten durch eine vorgelegte wirtschaftsstatistische Aufnahme im Monat Juli bewiesen. Die Einnahmen im Juli beliefen sich, abzüglich der Kranken- und Invalidenbeiträge, auf M 243, die Ausgabe für rationierte Lebensmittel für eine Familie mit nur zwei Kindern auf M 163,92. Für Lebensmittel ohne Karten konnte nur der geringfügige Betrag von M 17,06 aufgewendet werden. An Steuern, Miete, Gas, Verbands- und Versicherungsbeiträgen wurden M 69,06 verausgabt. Die Ausgabe betrug M 252,04 und reicht bei voller Arbeit bei weitem nicht mehr aus, die erforderlichen Lebensbedürfnisse zu kaufen. Zu bemerken ist, daß für die Abnutzung im Hausstand, für Wäsche, Kleidung, Schuhe, die auch der Ergänzung bedürfen, nichts in Rechnung gestellt werden konnte. Dabei schreitet die Teuerung immer vorwärts. Die bestehenden Löhne sind im Vergleich zu andern Betrieben der Metallindustrie wesentlich niedriger. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Zentralvorstand zu ersuchen, insofern der sich immer steigenden Teuerung der Lebenshaltung unerbüßlich Schritte einzuleiten, die eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne zeitigen und ganz besonders der sich immer mehr steigenden Teuerung Rechnung tragen. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes, Lokalgruppe Kiel, sowie der Innung Bauhütte Kiel eine Eingabe zu unterbreiten, den bestehenden Stundenlohn zu erhöhen. Zum dritten Punkt wurde vom Kassierer ausgeführt, daß seit dem Bestehen der Zahlstelle finanzielle Differenzen noch nicht vorgelegen hätten. Während der Einberufung sei Kamerad Kr. beauftragt, die Kassengeschäfte zu führen. Im Jahre 1915 sei durch mangelfhafte Durchführung ein Defizit von M 53,52 entstanden. Der Betrag von M 48,73 sei noch nachträglich für Lokalausgaben 1915 zu verbuchen. Die Weerdigungs-kasse schließe mit einem Fehlbetrag von M 109,19 ab. Die Richtigkeit der Aufrechnung wird vom Kameraden Römer bestätigt. Der vorliegende Fehler ist auf dem Gesundheitszustand des Kameraden Kr. zurückzuführen. Die Abgänge werden als Ausgabe in Rechnung gestellt. Um die Verwaltungsausgaben herabzumindern, wurde dem Angestellten der Posten des ersten Vorsitzenden mit übertragen. Ferner wird vom 1. Oktober ab der Zahlstellenkassierer einen Teil der Bezirkskassierung übernehmen. Der verminderten Mitgliederzahl entsprechend soll die größte Sparsamkeit walten.

Leipzig. Am 11. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Bericht über die statistischen Erhebungen im Juli; Bericht der Kartelldelegierten; Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß ein Kamerad auf dem Schlachtfeld gefallen und ein Kamerad gestorben ist. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kameraden in der üblichen Weise. Dann berichtete der Vorsitzende, daß die Erhebungen im Juli ein günstiges Bild ergeben haben. Festgestellt wurden 46 Zimmerebetriebe, 8 gemischte und 8 Betonbetriebe. Zusammen 62 Betriebe, in denen Zimmerer beschäftigt werden, gegen 92 Betriebe im Jahre 1916. Beschäftigt wurden 45 (102) Köllere, von denen 9 Mitglieder unseres Verbandes sind, 390 (545) Gesellen, 68 (94) Lehrlinge, 22 (16) Tischler, 29 Hilfsarbeiter, dabei 3 Frauen. 98 Kameraden arbeiten auswärts, 22 in Fabriken, 15 in andern Berufen. 71 (108) Gesellen waren nicht organisiert, davon 31 Soldaten. 31 Zimmerer erhielten 2 bis 5 z pro Stunde über den Tariflohn, 29 weniger, davon 11 Junggesellen (18 bei den deutschen Flugzeugwerken beschäftigte Zimmerer erhalten heute, nach Einschreiten der Zahlstellenleitung, gleichfalls den Tariflohn). Die Löhne der Lehrlinge sind sehr verschieden und richten sich oftmals nach dem Körperbau des Lehrlings. Stundenlöhne wurden festgesetzt im ersten Lehrjahre 16 bis 20 z , im zweiten Lehrjahre 24 bis 30 z und im dritten Lehrjahre 30 bis 45 z . Wochenlohn wurde gezahlt im ersten Lehrjahre M 7 bis M 8, im zweiten Lehrjahre M 10 bis M 12 und im dritten Lehrjahre bis zu M 16. Die drei Frauen erhielten einen Stundenlohn von 60 z . An Neubauten wurden gezahlt 2 Wohnhäuser, 2 Geschäftshäuser, 9 Fabrikgebäude, 10 Kriegs- und landwirtschaftliche Bauten. Das Gesamtergebnis zeigt, daß abermals ein ganz erheblicher Rückgang im Baugewerbe zu verzeichnen ist. Dann kamen die Differenzen zur Sprache, die zum Austritt mehrerer Gewerkschaften aus dem Kartell geführt haben. In der Aussprache werden die Schritte, die das Kartell in der Lebensmittelversorgung unternommen hat, als ungenügend bezeichnet, und von der Kartellleitung verlangt, weitere energische Schritte zu unternehmen. Nachstehende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die am heutigen Tage stattfindende Versammlung der Zimmerer Leipzigs kann die Gründe, welche von einzelnen Gewerkschaften für ihren Austritt aus dem Kartell angegeben werden, nicht als stichhaltig anerkennen. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß angebliche Mißstände sich nicht dadurch beseitigen lassen, daß man abseits steht, sondern dadurch, daß man mitarbeitet. Die Versammlung erwartet von der Kartellleitung, daß sie mit allen gesetzlichen der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Mitteln dahin wirkt, daß sämtliche die Arbeiterschaft so schwer drückenden Fragen — Verteilung der Lebensmittel zu angemessenen Preisen, Kohlen usw. — von Seiten der Behörden in einer Form gelöst werden, die den gegebenen Verhältnissen entspricht. Die Kartelldelegierten werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken.“ Unter „Verschiedenes“ berichtete der Vorsitzende über die Besprechungen der Arbeitervertreter und des städtischen Kriegsernährungsamtes. Fünf solche Besprechungen haben bereits stattgefunden und standen folgende Fragen auf der Tagesordnung: In der ersten: Der behördliche Ausbau und der Stand der Volksernährung im allgemeinen; in der zweiten: Gemüse- und Obsterzeugung; in der dritten: Die Fleischversorgung; in der vierten: Mehl- und Brotversorgung und in der fünften: Die Kartoffelversorgung. Den Arbeitervertretern ist es nicht möglich, in diesen Besprechungen nur den geringsten Einfluß zur Geltung zu bringen und können derartige Besprechungen keine Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung herbeiführen. In der hierauf folgenden Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß infolge der fortgesetzten Steigerung der Preise für die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse die jetzige Teuerungszulage vollständig ungenügend sei. Ein Antrag, in dem der Vorstand beauftragt wird, beim Hauptvorstand anzuregen, daß nochmals Verhandlungen eingeleitet werden, damit eine den erhöhten Lebensbedingungen gemäße

Feuerungszulage gezahlt wird, wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht, daß am 22. September Schluß des dritten Quartals ist und jedes Mitglied im Besitz von 30 Beitragsmarken sein muß, erfolgte Schluß der Versammlung.

Posen. Am 28. September fand unsere zahlreich besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Abrechnung vom zweiten Quartal; Verbandsfachen und Verschiedenes. Die Abrechnung erstattete der Kassierer; sie wurde ohne Erörterung angenommen. Die Revisoren erstatteten den Bericht von der Kassenprüfung, und auf Antrag dieser wurde die Entlastung erteilt. Dann machte der Gauleiter bekannt, auf die Plaklisten, die verteilt wurden, den Bestand der beschäftigten Zimmerer aufzunehmen. Unter „Verbandsfachen“ wurde der Antrag um Erhöhung der Feuerungszulage gestellt, da die Lebensmittel um das Dreifache im Preise gestiegen seien, ebenso das Werkzeug. Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen und beschlossen, den Hauptvorstand davon in Kenntnis zu setzen, um die nötigen Schritte zu unternehmen. Dann wurden die Löhne der Zimmerer, die bei der Fortifikation beschäftigt sind, besprochen. Der Vorstand gab zur Kenntnis, daß bereits Schritte unternommen seien, und daß eine bejahende Antwort auf Erhöhung der Löhne vom Kriegsammt eingelaufen sei. Dann wurden noch ein Schriftführer sowie ein Kassenprüfer als Ersatzmänner gewählt. Nach Verlesen des Protokolls wurde die Versammlung geschlossen.

Waldenburg i. Schl. Am 14. September fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche sich mit der Erlangung einer erneuten Feuerungszulage befaßte. Die Mitglieder waren der Ansicht, daß der Zustand, wie er gegenwärtig bei der Firma Jäger & Sohn besteht, für die dort zusammenarbeitenden Tischler, Zimmerer und andere Handwerker unhaltbar ist. Seitdem die Feuerungszulage für die Holzarbeiter erloschen ist, erhalten diese 80 % Stundenlohn, die Zimmerer hingegen nur 75 %. Es kommt weiter hinzu, daß die Lebensmittel am Orte ganz besonders teuer sind. Die Versammlung wurde sich schlüssig, daß für ein und dieselbe Arbeit auch derselbe Lohn zu zahlen ist. Dieses soll dem Geschäftsinhaber unterbreitet werden. Im besondern war die Versammlung der Ansicht, daß die am 27. April erlangte Feuerungszulage durch die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel längst überholt ist, und daß von unserm Verbands den Unternehmern verständlich zu machen ist, eine weitere Feuerungszulage zu gewähren. Ein Waldenburger Baugeschäft hat auch Arbeiten in Friedland übernommen, und es wird der Fall eintreten, daß die Kameraden nach jener Baustelle zur Arbeit gesandt werden; hierbei soll man aber berücksichtigen, daß die Bahnverbindung sehr mangelhaft ist, so daß ein Zubausekommen nicht möglich ist, man soll also von vornherein auf ein angemessenes Kostgeld halten; denn wenn man erst auf der Baustelle ist, ehe dieses endgültig geregelt ist, so sind unsere Mitglieder immer die Benachteiligten. Zu derselben Sache wurde noch erwähnt, daß in Friedland die Zimmerleute unserm Verbands während der Kriegszeit untreu geworden sind; man soll diese auch dementsprechend einschätzen. In „Verbandsangelegenheiten“ wurden noch einige Aufklärungen zum Hilfsdienstgesetz gegeben. Auch wurde Beschwerde geführt, daß die Karbolinumarbeiten nicht mit dem erforderlichen Zuschlag bezahlt werden sind. Hierzu wurde beschlossen, daß die Kameraden diese Zuschläge nachfordern sollen; bei weiterer Verweigerung soll der Gauleitung Meldung gemacht werden. Hierauf erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Worms. Am 12. September tagte unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Die Gewerkschaften unter dem Hilfsdienstgesetz; Verschiedenes. Als Referent war Kamerad Ehlers aus Frankfurt anwesend. Redner erläuterte in längeren Ausführungen das Hilfsdienstgesetz und wie es sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat. Ferner führte er uns die Ausschüsse vor Augen und wie sie in der Praxis arbeiten. Es entspann sich eine längere Diskussion, in der auch die Lohnfrage besprochen wurde. Alle Redner waren der Ansicht, daß es unter dem Hilfsdienstgesetz nicht ratsam erscheine, in eine lokale Lohnbewegung einzutreten; aber die Not der Zeit verlange eine Lohnerrhöhung. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, folgenden Beschluß dem Hauptvorstand zu unterbreiten: „Der Hauptvorstand wolle sofort mit den Arbeitgebern in Unterhandlungen eintreten zwecks Erhöhung des Lohnes.“ Nachdem noch einige interne Angelegenheiten, unter anderem die Erhöhung des Gehalts des Kassierers, ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Sterbetafel.

Mürnberg. Nach langen, schwerem Leiden starb unser Kamerad Joh. Gulden im Alter von 88 Jahren an Blutvergiftung.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 27. September entnehmen wir, daß von den örtlichen Arbeitsnachweisen folgender Orte Zimmerer gesucht werden: **Ostpreußen:** Goldap 5, Königsberg 50, Marggrabowa 6, Osterode 10, Pillkallen 15, Staisgirren 1, Stallupönen 2; **Posen:** Kolmar 19, Posen 50, Reseritz 6, Samter 5, Schneidemühl 6; **Schlesien:** Cosel 10, Kattowitz 50, Neurode 7, Vandeshtut 5; **Brandenburg:** Berlin 27, Brandenburg 2, Frankfurt 2, Friedeberg 1, Senftenberg 2, Sorau 1; **Provinz Sachsen und Anhalt:** Erfurt 7, Mühlhausen 5, Sommerda 6, Suhl 15; **Rheinreich Sachsen:** Bautzen 4, Chemnitz 4, Dresden 60, Freiberg 5, Leipzig 2, Pirna 14; **Ehüringen:** Altenburg 20, Apolda 20, Eisenach 10, Geraburg 5, Jena 60, Waltershausen 2, Zeulenroda 5; **Hannover:** Celle 2, Hannover 17, Hildesheim 3, Rineburg 2, Osnabrück 2, Verden 2; **Oldenburg:** Brake 3, Oldenburg 8, Rüstringen 9;

Bremen: Bremen 8, Bremerhaven 29; **Schleswig-Holstein:** Flensburg 50, Heide 6, Kiel 27, Lübeck 6, Neumünster 13, Segeberg 8, Hamburg 7; **Hessen, Hessen-Nassau:** Cassel 6, Frankfurt 24, Hanau 10, Höchst 5, Mainz 10, Offenbach 8, Wiesbaden 10; **Westfalen:** Bielefeld 6, Bochum 2, Dortmund 18, Hagen 10, Hamm 17, Paderborn 4, Recklinghausen 5; **Rheinland:** Coblenz 2, Cochem 10, Köln 24, Saarbrücken 2, Wehlar 4; **Bayern:** Augsburg 4, Ludwigschafen 50, Markredwitz 30, München 30, Nürnberg 25, St. Ingbert 3; **Württemberg:** Aalen 4, Eßlingen 3, Friedrichshafen 14, Heilbronn 2, Ravensburg 2, Ulm 23; **Baden:** Baden-Baden 100, Seidelberg 7, Karlsruhe 25, Lörrach 4, Mannheim 14, Müllheim 3, Weinheim 4; **Elfaß-Lothringen:** Colmar 6, Metz 12. In 97 Orten werden demnach 1391 Zimmerer gesucht.

Ueber die Baukommandos in Ostpreußen schreibt die „Bauwelt“:

„Im Wiederaufbaugelände der Provinz, besonders in den Grenzkreisen derselben, wird eine große Zahl von Baukommandos verwendet — bestehend aus je einem Unteroffizier (Polier), einigen Soldaten (Gesellen) und Gefangenen —, die den einzelnen Bauherren zur Bauausführung zur Verfügung gestellt werden, die unter Leitung des vom Bauherren angestellten Architekten arbeiten, unter vollständiger Ausschaltung des Unternehmers. In den Kreisen des selbständigen Bauhandwerks wird dieses als Konkurrenz empfunden. Der Vorsitzende des Ostpreussischen Arbeiter-Bezirksverbandes für das Baugewerbe, Obermeister Paul Lauffer-Königsberg, schreibt unter anderem: „Was könnte geschaffen werden, wenn diese Kommandos den Unternehmern zur Verfügung gestellt würden!“ Der Genannte hatte selbst von einem großen zerstörten Gute zunächst den Bau eines Instthauses übernommen. In der Hoffnung, auch den Wiederaufbau der 15 andern Gebäude zu erhalten, hatte er sich entsprechend eingerichtet, mußte aber, da dem Besitzer ein Baukommando zur Verfügung gestellt wurde, mit Verlust abziehen. Solche und ähnliche Erfahrungen haben die Stimmung des ostpreussischen Bauhandwerkes nicht gehoben.“

Demnach ist Herr Lauffer nur deshalb gegen diese Baukommandos, weil sie für das Unternehmertum keinen Kriegsprofit abwerfen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

sk. Die Berechtigung Unfallverletzter, Operationen abzulehnen. Eine Berufsgenossenschaft kann nach § 603 der Reichsversicherungsordnung jederzeit ein neues Heilverfahren eintreten lassen, wenn zu erwarten ist, daß es die Erwerbsfähigkeit des Unfallrentners erhöht, die Kasse also entlastet. Ist unter „neuem Heilverfahren“ auch eine ärztliche Operation zu verstehen, und muß sich der Unfallverletzte einer solchen unterziehen? Das Reichsversicherungsamt verneint diese Frage in seiner Rekursentscheidung vom 25. Oktober 1918 (Anzeigen: Ia. 2928/15) mit folgenden Ausführungen:

Der von einem Abgeordneten bei Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission gestellte Antrag, dem Unfallverletzten die Verpflichtung zur Duldung auch tiefgreifender Eingriffe aufzuerlegen, sofern sie nur nach allgemeiner ärztlicher Erfahrung mit Lebensgefahr nicht verbunden sind, ist unter ausdrücklicher Billigung der Praxis des Reichsversicherungsamtes und mit der Begründung abgelehnt worden, daß die bisherige Rechtsprechung einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Berufsgenossenschaften und der Verletzten schaffe, indem bei derartigen nachträglichen Eingriffen nach Abschluß des eigentlichen Heilverfahrens die Weigerung des Verletzten als berechtigt anerkannt worden sei. Der Kläger ist daher auch nach der Reichsversicherungsordnung zur Duldung der von der Beklagten angeordneten Operation nicht verpflichtet. Diese Rechtsprechung steht übrigens jedenfalls in vorliegender Sache mit der des Reichsgerichts über die Duldungspflicht von Operationen nicht in Widerspruch. Denn auch das Reichsgericht hat in der Entscheidung des dritten Zivilsenats vom 27. Juni 1913 entschieden, daß alle Operationen, die im Gegensatz zu der bloßen örtlichen Unempfindlichmachung eine Chloroformnarkose erfordern, einem Verletzten nicht zugemutet werden können, weil bei ihnen ein tödlicher Ausgang nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Diese Berechtigung, eigenliche Operationen abzulehnen, bildet, wie des Reichsversicherungsamtes in einer Rekursentscheidung vom 15. Juni 1918 ausgesprochen hat, ein unantastbares persönliches Recht. Es kann daher dem Verletzten auch im Wege richterlicher Entscheidung nicht geschmälert werden.

Ans der Champagne.

Ein seit längerer Zeit im Felde stehendes Mitglied unseres Verbandes und Freund unseres Blattes hat gelegentlich eines mehrwöchigen Aufenthaltes in einem Feldlazarett, in das er infolge schwerer Erkrankung eingeliefert wurde, seine auf Kreuz- und Querzügen in der Champagne gewonnenen Eindrücke niedergeschrieben und diese Arbeit uns jetzt übermittelt. Seinem Wunsche um Abdruck kommen wir hiermit nach.

In der Champagne naht die Zeit der Ernte. Der Roggen ist hochgelb geworden, der Trieb zum Wachsen in ihm erloschen. Müde neigt er sein Haupt. Er möchte sich niederlegen, sterben. Nicht lange mehr, und der Schnitter wird ihn von der Last des Daseins befreien. Weizen und Hafer sind noch rüstiger. Sie streben wohlgenut der Sonne entgegen und ahnen nicht, wie bald auch sie ihrem Schicksal verfallen werden. Dort die Weizenraine sind schon ihres schmutzen Grüns beraubt. In kleinen Haufen zusammengelegt, verschmachtet und verdorrend, sind ihre Schößlinge den Einwirkungen von Luft und Sonne ausgesetzt und ver-

lieren alle Farbe und Frische. **Indes treibt neues Grün aus dem fruchtbaren Erdenchoße hervor.** So weit das Auge reicht, reiht sich Feld an Feld, Ader an Ader. Der satte Farbenton wirkt beruhigend auf das Auge des Beschauers. Die gelben Roggenfelder wechseln mit dem matten Farbengrün der Weizen- und Haferfelder ab, des öfteren unterbrochen durch große Grasebenen, die in ihrem dunkelgrünen Gewande recht lebhaft mit den Getreidefeldern kontrastieren. Schmale, schwarze Zwergkieferwäldchen schieben sich vielerorts gleich düsteren Wolkenmassen in die sonnige Landschaft ein und vervollständigen das Farbenspiel. Dort, wo der Boden etwas tiefer liegt und sich die Feuchtigkeit ansammelt, streben kleine Pappelgruppen empor zum Licht. Hoch ragen sie über ihre Umgebung hinweg, und nichts kann ihnen verborgen bleiben, was in weitem Umkreis passiert. Gleich riesigen Kisten stehen sie da, und ihre Wipfel raunen ihren kleinen Bettlern die Neuigkeiten zu, die sie entdecken.

Schon ist die Natur überall, auch in der Champagne. Man muß nur das nötige Verständnis für ein einfaches Landschaftsbild besitzen. Nicht aufdringlich gezwungen trägt die Champagne ihre Reize zur Schau; sie läßt dem Beschauer Zeit, ihre stillen Reize zu suchen, zu entdecken. Sie wartet, bis man sie erkennt, begreift. Beruhigend wirkt ihr Bild. Losgelöst von der hastenden Eile der Menschen fängt man zu träumen an. Bilder der Ruhe, von Glück, Sonnenschein und Frieden sieht man im Traume vorbeiziehen.

Von der Front her tönt ein zorniges Grollen. Nur widerwillig nimmt man davon Notiz. Unplötzlich nehmen die Gedanken eine andere Richtung. Betrachtungen über die rauhe, blutige Wirklichkeit lösen die Bilder des Friedens ab, von denen wir eben träumten. Eine wehmütige Viertelstunde — — —

Dort, in der Ferne, kurz vor dem nächsten Dorfe, taucht ein einzelner Fabrikshornstein auf. Ein seltsames Bild. Beim Näherkommen erkennen wir eine noch ziemlich neue, aber halbzerrfallene Pigelei. Im Umkreis von einigen Stunden die einzige, die zu finden ist. Bei der geringen Bautätigkeit, die hier vor dem Kriege war, hat sie ohne Zweifel dem vorhandenen Bedürfnis genügt. Ist aber erst der Friede da, strömen die Flüchtlinge zurück nach der Scholle, auf der Haus und Hof standen, soll aus den Ruinen neues Leben erstehen, dann wird auch hier sich der Materialmangel in seiner ganzen Schärfe fühlbar machen. Er wird dann dazu beitragen, die Kriegspuren und Kriegseiden dieser unglücklichen Gegend bis lange, lange Zeit in den Frieden hinein zu verlängern. Außer der Pigelei erinnert nichts an Industrie, an Handel und Wandel. Dort oben, weiter nach Norden, in den Städten an der Maas, rauchen die Fabriksschote, pfeifen die Dampffirenen, spürt man die Nervosität der Industrie. Hier nichts von alledem. Alles ahnet Ruhe. Die wenigen schieferbedachten Dörfer in der Ferne, die schwarzen Waldstreifen, die in geraden, einfachen Strichen den Horizont begrenzen, Feld und Flur um uns her, alles badet sich still und sorglos in dem freundlichen Dichte der Sonne.

Gemächlich graßt hier und da eine kleine Viehherde, am Waldebaum tanzen einige muntere Füllen um ihre sorgenden Mütter herum; hin und wieder steht eine Schar Krähen zum Abendessen; das einzige, was wir an Bewegung sehen. Der Pulsschlag des Lebens muß hier im Frieden ein recht matter und träger gewesen sein. Die Jagd nach dem Erwerb, der Lang um das goldene Kalb ist in erträglichen Grenzen geblieben. Man hat sich Zeit gelassen, um „sein Sach“ in Ordnung zu bringen.



Versammlungsanzeiger.

Mittwoch, den 10. Oktober:
Neumünster: Abends 8 Uhr bei Blohm, Plauer Straße 7.
Schwerin: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Graf-Schad-Straße.
Freitag, den 12. Oktober:
Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 14. Oktober:
Kulmbach: Nachm. 2 Uhr bei Max Rupp in Mehldorf.
Lindau: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus „Zur Linde“.
Mendamm: Nachmittags 3 Uhr im „Kaiserhof“.

Anzeigen.

Für die Wiederaufbauarbeiten in Ostpreußen werden

Zimmerleute

zu sofortigem Eintritt gesucht. Nähere Auskunft über Reisevergütung, Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen erteilt der

Arbeitsnachweis für das Baugewerbe, Königsberg, Klapperwiese 3.

20 Zimmerleute

zu sofortigem Eintritt gesucht.
Baustelle Freiburg i. Baden, Kronenstr. 14.
Militärbauten Phil. Walther & Cie.,
 [M. 2,40] **Fliegender Bautrup.**

30 bis 40 Zimmerer

werden sofort für große Abbundarbeiten bei einem Fabrikneubau in Schlesien eingestellt. Meldungen:
 [M. 1,80] **Gebr. Huber, Breslau, Neudorfstr. 63.**